

# Armutsbekämpfung und Weltfrieden

## Europa braucht eine gemeinsame Südasiens-Politik

- Ein Diskussionsbeitrag von Norbert Jost -

Regionale Staatengemeinschaften sind ein notwendiges Instrument auf dem Weg zur globalen Zusammenarbeit. Intra-regionale Kooperation ist eine wesentliche Voraussetzung für eine weltweite friedliche Harmonisierung von Interessen. Von sehr vereinzelt Hinweisen auf Indien abgesehen, ist das bisherige asiatische Konzept der Bundesregierung auffällig unausgewogen. Es ignoriert sowohl die gesamte südasiatische Region als auch die 'Südasiatische Gemeinschaft für regionale Zusammenarbeit' (SAARC) und ist ausschließlich auf Ostasien und den Pazifischen Raum (China, Japan, ASEAN) ausgerichtet. Dies ist ein erhebliches Analyse-, Konzept- und Strategiedefizit. Mit der Konsequenz, daß das ausgewiesene Instrumentarium und die identifizierten Förderungsmaßnahmen (Regierung, Privatwirtschaft, Forschung) ebenfalls auf den asiatisch-pazifischen Raum abgestellt sind. Die deutsche Wirtschaft hat ihrerseits dem Ostasien-lastigen Asienkonzept konsequent Rechnung getragen und ein 'Asiatich-Pazifisches Komitee' (APC) gebildet; ein Pendant für Südasiens gibt es nicht.

Die Zusammenarbeit der Bundesregierung und der europäischen politische Dialog mit den Staaten Südasiens erfolgt auf bilateraler Ebene. Während im Rahmen des 'Asiatich-Pazifischen Wirtschaftsforums' (APEC) und im 'Asiatich-Europäischen Forum' (ASEM) ein institutionalisierter, inter-regionaler Politikdialog mit den Staaten Ostasiens stattfindet, gibt es keine entsprechende regionale Plattform für die zur SAARC gehörenden Staaten Südasiens. Eine friedliche, gesellschaftliche und umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung Südasiens ist eine Zukunftsaufgabe von hoher globalpolitischer Relevanz.

Der folgende Beitrag, den wir - gerade auch vor dem Hintergrund der jüngsten Spannungen zwischen Indien und Pakistan - zur Diskussion stellen wollen, plädiert für eine strategische, inter-regionale Partnerschaft zwischen der EU und SAARC. Bei der Erörterung von Gründen, Zielen und Ansatzpunkten einer solchen, im Rahmen der 'Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik' (GASP) zu entwickelnden Partnerschaft wird u.a. auf folgende Aspekte eingegangen:

- Anerkennung der geopolitischen Bedeutung der Region Südasiens und damit Korrektur einer durch einseitige Bevorzugung Chinas und des ostasiatischen Raumes entstandenen Schiefelage;
- Förderung der SAARC als regionale politische Institution und als intra- und inter-regionales Dialogforum;
- Beitrag zur politischen Stabilisierung Südasiens durch Förderung des regionalen Integrationsprozesses, vor allem durch Förderung regionaler Gemeinschaftsprogramme und -projekte;
- die Wahrnehmung einer Chance zur geopolitischen Positionierung Europas und zur Mitgestaltung des Entwicklungsprozesses in Südasiens im Sinne europäischer gesellschaftlicher Leitideen;
- die Nutzung von Möglichkeiten eines bedeutenden Binnenmarktes mit beträchtlichem wirtschaftlichen Wachstumspotential, z.B. durch ein investives Engagement im Schlüsselsektor Energie.

### Wettbewerb der politischen Leitideen

Bis 1989 war die internationale Politik der Nachkriegsära des "Kalten Krieges" mehrheitlich konfrontativ und von polit-ideologischen und geo-strategischen Erwägungen des Ost-West-Konfliktes geprägt. Die Grundidee des Westens, daß eine am Markt orientierte Wirtschaftsordnung und ein auf politische Teilhabe ausgerichtetes Gesellschaftssystem die besten Voraussetzungen für eine menschengerechte Entwicklung bieten, hat sich weltweit durchgesetzt.

Die Suche nach den gesellschaftlichen Leitideen, die die Zukunft gestalten, ist damit jedoch nicht abgeschlossen. Der alte ideologische Konflikt zwischen den Ost-West Blöcken hat sich zu einem Wettbewerb der Leitideen innerhalb des "westlichen Lagers" und zwischen seinen verschiedenen Gesellschaftsentwürfen und Wertvorstellungen europäischer bzw. amerikanisch-angelsächsischer Prägung gewandelt.

In diesem Wettbewerb steht die Frage nach der Rolle des Staates in einem ordnungspolitisch marktwirtschaftlichen System im Mittelpunkt, und an die Stelle des ehemaligen Ost-West Konfliktes ist

die globale Verteilungsproblematik Nord-Süd getreten. In diesem Wettbewerb geht es auch darum, welches Paradigma von Streitkultur zur Bewältigung von Interessenskonflikten in und zwischen Gesellschaften sich durchsetzt: ein konfrontativer oder ko-operativer (internationaler) Politikdialog. Wesentliche Unterschiede zwischen europäischen und US-amerikanischen Positionen betreffen ordnungspolitische Credos, die Wahrnehmung und Gewichtung von globalen Kernproblemen ebenso wie Fragen des politischen Stils, der Kooperations- und Kompromißbereitschaft oder die Wahl der politischen Mittel in Fällen von internationalen Interessens-kollisionen.

Thematisch lassen sich Unterschiede festmachen an Begriffspaaren wie: soziale Marktwirtschaft versus wirtschaftsliberalistische Marktordnung; ein moderierend-gestaltender Staat oder Staat als Restgröße; das Primat der Politik über die Wirtschaft oder Primat der Wirtschaft über die Politik; partnerschaftlicher Politikdialog, beharrliche Lösungssuche und Kompromiß als integrale Elemente vorausschauender Außenpolitik oder konfrontativer Politikstil und Durchsetzung eigener Wertvorstellungen und Eigeninteressen - auch mit Mitteln fragwürdiger Natur.

### Die europäische und außer-europäische Dimension einer GASP

Die offensichtlichste und prioritäre Bühne einer GASP der EU ist Europa selbst, d.h. die Vertiefung der politischen Integration der EU nach innen, ihre Erweiterung um osteuropäische Staaten und die europäische Allianz mit Rußland. Der fast totale Kollaps staatlicher Autorität und die desolote wirtschaftliche Lage in Rußland ist eine unmittelbare Bedrohung gesamt-europäischer Stabilität. Die innenpolitische Stabilität Rußlands und seine wirtschaftliche Konsolidierung ist vitales gesamt-europäisches Interesse von absoluter Priorität für das "Haus Europa", von dem bis 1994 viel geredet wurde - seither jedoch sehr wenig.

Wenn Europa nicht in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit herabsinken will, kann sich eine geopolitische Stra-

ategie Europas nicht auf die Geographie Europas beschränken, auch nicht auf die des süd-europäischen Mittelmeerraumes und seiner nichteuropäischen Anrainerstaaten. Sie braucht eine außereuropäische Dimension, mit der Europa sein Selbstverständnis, seine Rolle in der Welt und seinen Standpunkt zu existentiellen, globalen Zeitfragen bestimmt.

Weite Teile der Welt haben große Erwartungen an die EU und wünschen sich ihr deutliches weltpolitisches Engagement als ein Gegengewicht zur teilweise schwer erträglichen Dominanz der USA. Sie erhoffen sich von Europa vor allem einen vermittelnd-partnerschaftlichen und Interessen ausgleichenden Beitrag zur Lösung akuter und drängender Weltprobleme und Harmonisierung der Nord-Süd Gegensätze sowie eine größere Bereitschaft, auch ihre Interessen angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere im Rahmen des globalen Politikdialogs von internationalen Institutionen, Konferenzen und Foren wie der Vereinten Nationen, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation, wo die zentralen Zukunftsfragen der Welt behandelt werden. In einer partnerschaftlichen Lösung dieser Fragen ist der Schlüssel zu sehen für einen globalen Ordnungsrahmen, der die Voraussetzungen für eine ausgeglichene

globale Kapitalakkumulation und Wohlstandsverteilung und somit für eine wirkungsvollere Armutsbekämpfung sowie für die Sicherung und Erhaltung des Weltfriedens schafft.

#### Südasion - Ein geeigneter Partner für Europa

Die Suche nach geeigneten, nicht-europäischen außenpolitischen Betätigungsfeldern und Partnern für eine stärkere geopolitische Rolle Europas ist nicht einfach. Erstens, weil es kaum eine Region der Welt gibt, in der die USA als einzige Weltmacht keine Interessen hätten. Die USA begrüßen europäisches geopolitisches Engagement zwar grundsätzlich - solange Europa sich vor allem auf finanzielles Engagement beschränkt und dabei das politische Feld den USA überläßt bzw. sich in seinem Sinne engagiert -, begegnen aber einem eigenständigen geopolitischen Profil Europas mit gemischten Gefühlen. Zweitens, weil europäische Außenpolitik bisher weitgehend eine (argwöhnisch gehütete) Domäne der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten geblieben ist, d.h. institutionell und personell partikularisiert und an konkurrierenden wirtschaftlichen Einzelinteressen orientiert.

Was liegt also näher als solche Regio-

nen zu identifizieren, in denen US amerikanische Interessen, Einfluß und/oder Akzeptanz vergleichsweise gering sind und in denen es keine spezifischen Eigeninteressen von EU-Mitgliedsstaaten gibt? Eine solche Region ist Südasion und ein solcher Partner ist die SAARC.

#### Die Südasiatische Staatengemeinschaft SAARC - eine Momentaufnahme

Wer oder was ist SAARC? Die Suche im über 400 Seiten starken Journalistenhandbuch 1998 der Bundesregierung (BMZ) ist vergeblich. Die 'Südasiatische Gemeinschaft für Regionale Zusammenarbeit' ('South Asian Association for Regional Cooperation') findet darin - symptomatischerweise - mit keinem Wort Erwähnung.

Die SAARC wurde 1985 gegründet und vereint Indien, Pakistan, Bangladesh, Nepal, Sri Lanka, Bhutan und die Malediven. Zusammen repräsentieren die sieben SAARC-Mitgliedsländer mit etwa 1,3 Milliarden Menschen etwa 22 Prozent der Weltbevölkerung und bilden somit eine Region von herausragender geopolitischer Bedeutung. Mit Indien und Pakistan stellt sie zwei Atommächte. Die 'Südasiatische Gemeinschaft für Regionale Zusammenarbeit' ist ein konkreter institutioneller Ausdruck für das



In den SAARC-Ländern Indien, Pakistan, Bangladesh, Nepal, Sri Lanka, Bhutan und den Malediven leben zusammen etwa 1,3 Milliarden Menschen. Dies sind etwa 22 Prozent der Weltbevölkerung (Fotos: Walter Keller)

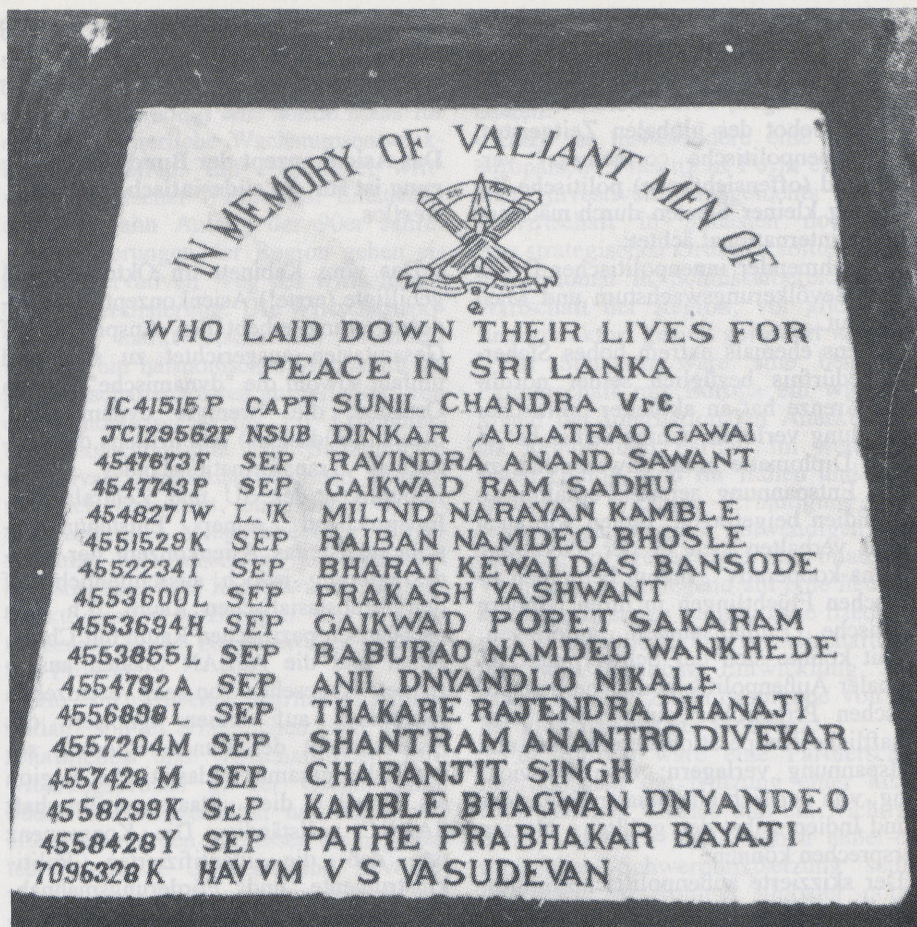
von den SAARC-Mitgliedsländern empfundene Selbstverständnis, einem Wirtschaftsraum und einer eigenen kulturhistorischen Gemeinschaft anzugehören, die sich als solche auch von der übrigen Welt wahrgenommen wissen möchte.

Besondere Bedeutung kommt dem 1991 geschaffenen 'Komitee für Wirtschaftliche Kooperation' (CEC) zu. Das CEC ist mit der Aufgabe betraut, für den Teilbereich Wirtschaft und Handel geeignete Gemeinschaftsprogramme zu entwickeln und durchzuführen und ist als der regionale Ansprechpartner für die interregionale Wirtschaftszusammenarbeit zwischen der EU und Südasiens anzusehen.

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruches der britischen Kolonialherrschaft und traumatischer Ereignisse im Zuge der Staatengründungen Indiens, Pakistans und Bangladeshs war die politische Lage in der Region bis heute durch erhebliche politische Spannungen gekennzeichnet. Dazu sind Kriege und in den letzten 25 Jahren vor allem innenpolitische Krisen und Gewalt zu zählen wie separatistische Bestrebungen, Verfassungskrisen, Militärregierungen, Spannungen zwischen Religionsgruppen, Korruptionsskandale, Vertrauensverlust in die Politiker und politische Parteien; schwierigere Regierungsbildungen.

Die gesamte Region steht unter einem hohen innenpolitischen Druck, dessen Kernursache die Massenarmut ist. Die Massenarmut Südasiens stellt eine weitaus größere Gefahr für den inneren und äußeren Frieden und populistische Fundamentalismen dar, als eine unmittelbare Gefährdung einzelner Staaten durch einen äußeren, militärischen Feind. Um Handlungs- und politische Gestaltungsfreiheit nach innen gewinnen und um politische Energien auf die Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung und Rückgewinnung ihrer politischen Glaubwürdigkeit konzentrieren zu können, bemühen sich die Regierungen des Subkontinents um die Herstellung stabiler nachbarschaftlicher Beziehungen.

Dieser Prozeß ist seit langem in Gang. Die internationale Politik und Presse nimmt jedoch mehrheitlich die Konfliktpotentiale wahr oder wiederholt alte politische Südasiensstereotype. Die Bemühungen in der Region um zwischenstaatliche Konfliktvermeidung und Kooperation werden dagegen kaum wahrgenommen und gewürdigt. Insbesondere seit Beginn der 90er Jahre hat sich in den außenpolitischen Beziehungen der Staaten Südasiens untereinander ein grundsätzlicher Wandel zur regionalen Kooperation vollzogen. Heute kann - trotz Atomtests und akuter Kashmirkrise - ein deutlich verbessertes politisches Großklima auf dem Subkontinent festgestellt werden. Ein solcher Wandel stellt



Indiens Sinneswandel zu kooperativerer Regionalpolitik kam u.a. durch das außenpolitische Debakel des militärischen Engagements in Sri Lanka zustande.

eine qualitative Abkehr von alten Verhaltens- und Denkweisen in der südasiatischen Politik dar. 14 Jahre nach seiner Gründung ist SAARC zwar immer noch mehr eine Vision als Realität. Es ist jedoch schon viel erreicht worden.

Der Wandel findet u.a. seinen konkreten Niederschlag in einer Reihe von zwischenstaatlichen Abkommen zu den Bereichen Wassernutzung, Handel, Hydro-Energieprojekte. Die Bemühungen um mehr wirtschaftliche Kooperation haben 1996 mit dem Abschluß des SAPTA-Abkommens ('South Asian Preferential Trading Agreement') zum Abbau von Zöllen ein konkretes Ergebnis mit richtungsweisendem Charakter erreicht. Die Bildung einer Südasiatischen Freihandelszone SAFTA ('South Asia Free Trade Area') ist ein erklärtes Ziel, das in Phasen erreicht werden soll.

#### Indiens Sinneswandel

Die bisherigen positiven Ergebnisse wurden durch eine verstärkt kooperationsorientierte regionale Außenpolitik der Zentralregierung Indiens möglich - so wie in der Vergangenheit Indiens hegemonale Außenpolitik regionale Zusammenarbeit erschwerte. Indien hat schrittweise erkennen müssen, daß seine 'Big Brother'-Politik für die Nach-

barstaaten kaum erträglich war - und Indien selbst letztlich nur schadete. Indien hat auch erkannt, daß seine Stellung als subkontinentale Regionalmacht von niemandem in der Region ernsthaft in Frage gestellt wird, so daß es auch seine Profilneurose ablegen konnte, seine Macht bei passenden und unpassenden Gelegenheiten unter Beweis stellen zu müssen.

Indiens Sinneswandel von konfrontativer zu stärker kooperativer Regionalpolitik und von arrogant-machiavellistischer zur Verbindlichkeit betonenden Diplomatie wurden u.a. ermöglicht durch:

- schwindende politische Macht der 'Congress Partei';
- Verlust von Macht und Ansehen der Zentralregierung (Koalitionsregierungen, Korruptionsskandale);
- außenpolitisches Debakel des militärischen Engagements in Sri Lanka;
- politische Emanzipation der Bundesstaaten und der bürgerlichen Mittelschicht;
- abnehmende (politische) Macht der Bürokratie;
- innenpolitische Polarisierung Indiens;
- außenpolitische Isolation Indiens nach 1989/90;
- freie, kritische Presse in Indien;

- Haushaltsprobleme und hohe Belastungen durch Militärbudgets;  
 - wirtschaftspolitische Entstaatlichung (Privatisierungen, Teil-Liberalisierung);  
 - das Gebot des globalen Zeitgeistes, der "außenpolitische correctness" verlangt und (offensichtliche) politische Erpressung kleiner Staaten durch mächtige Staaten international ächtet;

- zunehmender innenpolitischer Druck durch Bevölkerungswachstum und Massenarmut.

Indiens ehemals extrem hohes Sicherheitsbedürfnis bezüglich seiner nördlichen Grenze hat an aktueller politischer Bedeutung verloren. China selbst hat in stiller Diplomatie nicht unwesentlich zu einer Entspannung seines Verhältnisses mit Indien beigetragen; Indien wie auch Nepal verhalten sich in der Tibetfrage "China-kooperativ", indem beide den tibetischen Flüchtlingen in ihren Ländern politische Enthaltsamkeit auferlegen. Somit konnte sich der Schwerpunkt regionaler Außenpolitik von sicherheitspolitischen Primärüberlegungen auf wirtschaftliche Kooperationsbereitschaft und Entspannung verlagern; eine Entwicklung, von der sich alle Staaten Südasiens - und Indien selbst den größten - Nutzen versprechen können.

Der skizzierte außenpolitische Sinneswandel ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis des politischen Dialogs im Rahmen der SAARC während der letzten Jahre. Eine Fülle von SAARC Einzelaktivitäten in vielen Einzelbereichen hat das regionale Bewußtsein von Öffentlichkeit und Politikern spürbar weiterentwickelt. Für wichtige Teilbereiche der Innenpolitik, für ihre außenpolitische Beziehungen und regionale Zusammenarbeit haben die SAARC-Staaten bereits gemeinsame Handlungs-Minimalstandards entwickelt, die als Grundsätze für die Politik der Einzel-Mitgliedsländer gelten.

Trotzdem, auch wenn der Kooperationsprozeß selbst irreversibel erscheint - er ist recht mühsam und der große Durchbruch zur regionalen wirtschaftlichen und politischen Kooperation ist noch nicht geschafft worden. Die potentiell großen Kooperationsdividenden blieben bisher weitgehend ungenutzte Potentiale. Die Politik der kleinen Schritte stößt immer wieder an die gleiche Grenze: das bilaterale Verhältnis Indien-Pakistan bzw. an die zwischen Indien und Pakistan weiterhin ungelöste Kashmir-Frage. Solange Kashmir ein ungelöster Problemkreis im bilateralen Verhältnis ist, bleibt eine Eskalation der aktuellen Lage jederzeit möglich. Selbst begrenzte, hin und wieder auftretende, fast routinemäßige Scharmützel in der Bergregion sowie nicht kontrollierbare Aktivitäten verschiedener, unabhängiger Kashmir "Freiheitskämpfer"-Gruppierungen bergen die Gefahr einer unvor-

hersehbaren Eigendynamik in sich, die politisch nur schwer kontrollierbar ist. Dies hat sich jüngst wieder in erschreckender Weise gezeigt.

### Das Asienkonzept der Bundesregierung ist für die südasiatische Region wertlos

Das vom Kabinett im Oktober 1993 gebilligte (erste!) Asienkonzept der Bundesregierung erhebt den Anspruch, auf Gesamtasien ausgerichtet zu sein und umfaßt sowohl die "dynamische" Region Ostasien, die "weniger dynamischen" Staaten (Südasiens) und drittens die asiatischen Transformationsländer (ehem. Republiken der SU und Zentralasien). Entsprechend seiner Entstehungsgeschichte ist das Asienkonzept der Bundesregierung jedoch ausschließlich auf den fernostasiatischen Raum, d.h. den ostasiatisch-pazifischen Raum mit China, Japan und die ASEAN Staaten ausgerichtet. Abgesehen von sehr vereinzelt Hinweisen auf Indien ignoriert das Asienkonzept der Bundesregierung sowohl die gesamte südasiatische Region als auch die Staatengemeinschaft SAARC vollständig. Die Konsequenz ist, daß die identifizierten Politikinstrumente und Förderungsmaßnahmen ebenfalls auf den asiatisch-pazifischen Raum ausgerichtet blieben.

Südasiens und ihre Staatengemeinschaft SAARC werden nicht als eine spezifische Identität wahrgenommen, weder als Wirtschaftsraum noch als kulturelle Region, noch als eine künftige politische Größe von Weltrang. Dies ist ein erhebliches Analyse-, Konzept- und Strategie-Defizit. Es ist wenig sinnvoll, für Gesamt-Asien *ein* Konzept zu entwickeln. Ein solches Konzept kann der Größe und Heterogenität des Gesamtkontinentes nicht Rechnung tragen. Als ein handlungsorientierter Leitfaden für praktische Politik ist das Asienkonzept des Außenministeriums für Südasiens ebenso wertlos wie für andere nicht-ostasiatische Länder.

Das gleiche Dilemma spiegelt das Asienkonzept des BMZ wider, das früher verfaßt wurde und vermutlich bei der Formulierung des Asienkonzeptes des Außenministeriums als Vorlage diente. Die Unbrauchbarkeit eines Konzeptes für Gesamt-Asien für die Gestaltung einer konkreten Politik ist auch hier offensichtlich. Die Autoren versuchen sich dem Dilemma mit dem Hinweis auf die spezifische Eigenartigkeit der einzelnen Länder zu entziehen - was dann auch nur bilaterale Formen der Zusammenarbeit oder länderspezifische Programme zuläßt.

Die EU Asienpolitik durfte bisher nur komplementär zu denen der Mitgliedsländer sein. Die Zusammenarbeit basiert

auf einem bilateralen Ansatz der EU durch sogenannte '3. Generation Verträge' mit Einzelländern der Region. Ihr großer Nachteil ist der, daß sie bilateral sind und sich auf Felder der klassischen (technischen) Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren. Ihnen fehlt der geopolitische Überbau und der interregionale Politikdialog zwischen den beiden Staatengemeinschaften, sodaß von ihnen keine Impulse zu einer vertieften regionalen Integration Südasiens ausgehen.

### Begründung und Grundsätze einer strategischen EU - SAARC Partnerschaft

Die Ohnmacht nationaler Regierungen gegenüber internationalen Mega-Unternehmen, Fondsverwaltungen, Kapital- und Devisenmärkten wurde in der Asienkrise eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Der Weltmarkt, insbesondere der Kapitalmarkt, braucht globale Regeln. Die Armut großer Weltbevölkerungsteile und die Gefahren eines ökologischen Kollaps des Planeten erfordern gemeinsames Handeln. Regeln und Strukturen der internationalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit müssen angepasst werden, indem nationale Regierungen ihre einzelstaatlichen Kontrollen und politikgestalterischen Interventionen gemeinsam auf überstaatliche Ebenen ausdehnen.

Beide Prozesse - intra- und interregionale Kooperation - sind historisch notwendige Zwischenschritte auf dem Weg zur "Globalisierung", d.h. zur regionalen und weltweiten Harmonisierung unterschiedlicher Interessen. Regionale Staatengemeinschaften sind ein Bindeglied für den interregionalen und globalen Politikdialog, indem sie einen wichtigen Beitrag zur Friedenserhaltung und Sicherung der politischen Stabilität in ihren jeweiligen Regionen (und damit eines wichtigen Teils des Weltfriedens) leisten. Deswegen soll der institutionelle Entwicklungsprozeß von SAARC durch die Europäische Union im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außenpolitik (GASP) systematisch gefördert werden.

Der Ansatz interregionaler Partnerschaften setzt einen zusätzlichen Akzent im globalen Politikdialog, indem er Konsequenzen aus dem Schnecken tempo und den sehr bescheidenen Ergebnissen zieht, welche die Suche nach Globallösungen unter Einbeziehung der gesamten internationalen Völkergemeinschaft bisher erbracht hat. Immer wieder mußte die Erfahrung gemacht werden, daß entweder die allzugroße Verschiedenheit von Ausgangslagen, Problembeußtsein und Interessen keine hinreichend konkreten Fortschritte auf globaler Ebene ermöglichen oder daß die

Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern wegen realer Mehrheits- und Stimmverhältnisse in den Entscheidungsorganen (z.B. in Weltorganisationen wie WTO, IWF, UN) nur unausgewogen Berücksichtigung fanden.

Der politische Dialog und eine kooperative Partnerschaft zwischen zwei Großregionen wie Europa und Südasien ist ein Mittelweg, der "klein" genug ist, um praktische Schritte zu gehen und konkrete, interessenausgewogene Ergebnisse zu erzielen, und "groß" genug ist, um im Weltmaßstab wirkungsrelevant sein zu können - möglicherweise sogar in beispielhafter Weise.

Eine strategische, partnerschaftliche Allianz der EU mit den Mitgliedsländern der SAARC soll eine Wiederholung des Fehlers mangelnder Weitsicht vermeiden, die politische, wirtschaftliche und strategische Bedeutung dieser Region für Europa und Deutschland zur rechten Zeit zu verkennen wie dies vor etwa 35 Jahren im Falle des asiatisch-pazifischen Raumes geschehen ist. Unter der Voraussetzung politischer Stabilität und Frieden hat Südasien gute Aussichten, in einem mittelfristigen Zeitraum ein wichtiges globales Wirtschaftswachstumszentrum zu werden.

Die Region hat in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Investitionen in

den Sektoren Bildung/Ausbildung, Forschung, Entwicklung sowie den Ausbau der institutionellen Infrastruktur vorgenommen und somit eine solide Basis für eine kontinuierliche Wachstumsentwicklung geschaffen. Ein erheblicher wirtschaftspolitischer Wandel zur Entstaatlichung begann Anfang der 90er Jahre. Alle Regierungen der Region gehen einen konservativen Weg der wirtschaftlichen Liberalisierung. Die Wirtschaftspolitik ist marktwirtschaftlich orientiert und auf ein harmonisches Wachstum aller Wirtschaftssektoren ausgerichtet, von der Landwirtschaft bis zur Computer- und Biotechnologie. Die Bedingungen für private Auslandsinvestitionen wurden merklich verbessert, ohne dabei staatliche Kontrolle, Mitsprache oder Mitgestaltung bei sensiblen Gütermärkten (Versorgung) oder Kapital- und Devisenmärkten restlos aufzugeben. Die Wachstumsraten liegen zwischen drei und sieben Prozent.

Die anzustrebende partnerschaftliche Allianz soll es ermöglichen, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß in der Gesamtregion Südasiens mitzugestalten und dabei vor allem sowohl den Interessen einer globalen Friedens-, Umwelt- und Bevölkerungspolitik Rechnung zu tragen wie auch im eigenen europäischen Interesse, die sich bietenden Möglichkeiten eines

bedeutenden Binnenmarktes mit beträchtlichem, mittelfristig realisierbarem wirtschaftlichen Wachstumspotential zu nutzen.

Dazu ist insbesondere eine deutliche europäische Präsenz in Form eines massiven investiven Engagements der Privatwirtschaft in Südasiens notwendig. Aus strategischen Gründen sollten solche Investitionen in Schlüsselbereichen der Wirtschaft der Region, vor allem dem Energiesektor, gezielt gefördert werden.

Für Südasiens wäre eine besondere Partnerschaft mit Europa ein wichtiges Signal der internationalen Anerkennung als Region und Partner im weltpolitischen Dialog, und für Indien und Pakistan eine wichtige Ermutigung, den schwierigen Weg der notwendigen Aussöhnung zu gehen und ihr bilaterales Verhältnis grundlegend auf eine neue historische Basis zu stellen. Eine friedliche und umweltbewußte, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Südasiens ist eine Zukunftsaufgabe von hoher globalpolitischer Relevanz.

Für Europa wäre eine Partnerschaft mit Südasiens die Nutzung einer historisch seltenen Chance und ein wichtiger Schritt zu einer strategischen außer-europäischen Schwerpunktsetzung seiner Interessen im Kontext globaler politischer Beziehungen und im Wettbewerb zwischen amerikanischen und europäi-



Einer der Gründungsväter von SAARC war der ehemalige Premierminister Bangladeshs Ziaur Rahman.

schen gesellschaftlichen Leitideen. Europas Chancen, eine solche strategische Partnerschaft zum jetzigen Zeitpunkt erfolgreich zu initiieren, sind selten günstig: Seit Ende des Kalten Krieges ist Südasiens an den Rand des Welt-Politikinteresses geraten und empfindet sich weitgehend isoliert; die Stellvertreterinteressen der alten Weltmächte sind geschwunden. Die weltpolitischen und wirtschaftlichen Machtzentren waren seither entweder mit sich selbst beschäftigt bzw. konzentrierten ihr Interesse auf ihre jeweiligen Nachbarschaftsregionen bzw. auf China, die Region Fernost und den ASEAN-Bereich. Keine außerregionale Wirtschaftsmacht hat sich in Südasiens eine besondere Einflusssphäre geschaffen. Die gesamte Region steht ohne Partner da - niemand hat sich seither für Südasiens explizit interessiert - eine Tatsache bzw. Erfahrung, die dem weltpolitischen Gewicht des Subkontinentes in keiner Weise Rechnung trägt. Indien, das zu Zeiten Indira Gandhi's als Sprecher der 'Dritten Welt' und Führer der 'Bewegung der Blockfreien' eine prominente internationale Rolle innehatte, ist zu einer weltpolitischen Randscheinung degradiert worden. Es ist sehr verständlich, daß Indien solche Marginalisierung nicht nur als ungerechtfertigt empfindet, sondern auch, daß eine derartige Zurücksetzung gegenüber China erheblich an seinem Selbstwertempfinden und Stolz nagt. Nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund ist der Atomtest Indiens im Mai 1998 zu verstehen.

Es ist schon sehr verwunderlich wie Wirtschaftswelt und europäische Regierungen sich im vergangenen Jahrzehnt in der Volksrepublik China und Fernost die Klinke in die Hand gaben und sich dort massiv investiv engagierten, während der indische Subkontinent buchstäblich übersehen wurde. Angesichts seiner vergleichsweise vorteilhaften demokratischen 'Credentials' als Region mit europa-ähnlicher Rechtsstaatlichkeit, seiner geographische Nähe zu Europa und geostrategischen Bedeutung, seines wirtschaftlichen Entwicklungsstandes und großen wirtschaftlichen Entwicklungspotentials und nicht zuletzt wegen der sprachlichen Vorteile (Englisch statt Chinesisch) ist diese Tatsache kaum erklärlich. Allein Indien weist mit geschätzten 200-250 Millionen eine ungleich größere kaufkräftige mittlere Einkommensschicht auf als die Volksrepublik China (ca. 50 Millionen). Die Anzahl und ökonomische Potenz der im westlichen Ausland lebenden Südasiaten mit großer Heimatbindung erhöht die Bedeutung des Subkontinentes.

Eine weltpolitische Aufwertung Südasiens und Indiens gegenüber China durch die EU würde die einseitige Bevorzugung Chinas und entstandene

Schieflage in der Bewertung der beiden asiatischen Machtzentren korrigieren. Eine ausgewogene politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit beiden Zentren wäre für China auch ein deutliches Zeichen dafür, daß die EU ein harmonisches Verhältnis der beiden asiatischen Machtzentren untereinander anstrebt.

Die spezielle Akzeptanz Europas als besonderer Partner Südasiens wird aus einer Vielzahl von Gründen als sehr hoch angesehen. Die politischen Leitideen Europas und der Staaten der SAARC weisen eine hohe Wesensverwandtschaft auf. Europäische Staaten haben sich in den letzten Jahrzehnten in der Gesamtregion vor allem entwicklungspolitisch engagiert, und zwar ohne Südasiens für Stellvertreterinteressen des ideologischen Kalten Krieges zu mißbrauchen. Europa hat ohne Parteinahme für Indien oder Pakistan ausgewogene freundschaftliche und verlässliche Beziehungen zu beiden Großstaaten der Region entwickelt. Deutschland z.B. genießt in der gesamten Region ein hohes Ansehen; es ist das unter den EU-Mitgliedsländern seit Jahrzehnten am stärksten engagierte Land im gesamten Subkontinent und hat in der Vergangenheit in seinem außenpolitischen Verhalten in der Region und in seiner Entwicklungszusammenarbeit ein sehr partnerschaftlich geprägtes Grundverständnis bewiesen, das in der gesamten Region anerkannt und gewürdigt wird.

Leitgedanke einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas in Bezug auf Südasiens sollte sein, die internationale Marginalisierung des Subkontinentes aufzubrechen helfen, und grundsätzlich eine Gleichbeachtung und Gleichbehandlung Indiens im Vergleich zu China zu fördern. Daß dies letztlich nur erfolgen und erfolgreich sein kann, wenn Indien solche Bemühungen seinerseits durch eigene Politikanstrengungen zur Sicherung des regionalen Friedens und der Kooperation auf dem Subkontinent erkennbar unterstützt, ist selbstverständlich.

Leitlinie für den Ausbau eines zu schaffenden interregionalen Politikinstrumentariums soll für Europa sowohl eine gemeinsame europäische Präsentation und Vorgehensweise als auch ein grundsätzlich auf alle SAARC-Mitgliedsstaaten ausgerichtetes Maßnahmenprogramm sein, um somit den Regionalisierungsprozeß in Südasiens zu fördern und eine möglichst ausgewogene Breitenwirkung zu erreichen.

Obwohl Indien unbestreitbar in allen Bereichen das Gravitationszentrum Südasiens schlechthin ist und deshalb auch der größte Nutznießer einer regionalen und interregionalen Kooperationsdividende sein wird, sollte ein europäisches

Südasienskonzept Indien keinen grundsätzlichen Sonderstatus einräumen. Eine "Sonderbehandlung" Indiens ist zu vermeiden, da sie die Gefahr in sich birgt, ein latentes, hegemoniales Selbstverständnis Indiens zu nähren und von anderen Staaten der Region als ein Signal der Nichtgleichwertigkeit verstanden zu werden; dies würde die Entwicklung enger regionaler wirtschaftlicher und politischer Kooperation hemmen.

Aktuelle Tendenzen innerhalb der SAARC zu sub-regionalen Ansätzen, d.h. Planung und Durchführung von Programmen mehrerer Nachbarländer unter Ausschluß von Pakistan sollten - so sinnvoll sie für sich betrachtet auch sein mögen - von europäischer Seite nicht gefördert werden. Eine solche Vorgehensweise führt zum jetzigen Zeitpunkt nur zur Isolation Pakistans, schwächt die SAARC-Gemeinschaft und ist daher für ihren weiteren politischen Entwicklungsprozeß schädlich. In erster Linie erwachsen der Zentralregierung in New Delhi aus der Sonderstellung Indiens eine besondere Verantwortung für die Gesamtentwicklung Südasiens.

**Perspektiven: Ein weites Themenfeld für eine europäische Kooperation mit Südasiens**

**Außenpolitik: Kashmir - Schicksalsfrage Südasiens**

Die zukünftige Entwicklung der SAARC wird maßgeblich durch das politische Verhältnis Pakistans und Indiens zueinander und deren Kooperationsfähigkeit miteinander bestimmt. Das indisch-pakistanische Verhältnis ist auch weiterhin als belastet anzusehen. Das ungelöste Kashmir-Problem ist der zentrale Dreh- und Angelpunkt, der eine Normalisierung des bilateralen Verhältnis zwischen Indien und Pakistan bisher unmöglich gemacht hat und die politische und wirtschaftliche Kooperation in der Gesamtregion Südasiens kritisch begrenzt. In den vergangenen Jahren haben beide Staaten sich aber stetig um eine Verbesserung des bilateralen politischen Verhältnisses und Gesprächsklimas bemüht.

Die im Mai 1998 durchgeführten Atomtests Indiens und Pakistans ändern daran nichts. Indiens Test war nicht an die pakistanische Adresse gerichtet, sondern ist als eine Aktion der damals neuen BJP-geführten Zentralregierung zur Versicherung der nationalen Seele ihres militanten Hinduwählerklientels zu werten sowie als ein Signal an China und die Weltöffentlichkeit, mit dem sich Indien in die Weltpolitik zurückkatapultieren wollte - was ja auch teilweise gelang.

Pakistan seinerseits hatte allein aus in-



Kosovo und Kashmir haben Gemeinsames: Vor allem das jahrelange internationale Versäumnis, sich um den stillen Vulkan nicht angemessen gekümmert zu haben. Die jüngsten militärischen Ereignisse zwischen Indien und Pakistan in Kashmir verdeutlichen die Notwendigkeit einer internationalen Unterstützung solcher Prozesse und Kräfte in Indien und Pakistan und ihren Regierungen, die eine Entspannungspolitik unterstützen und auch eine Lösung des Kashmir-Problems wollen. Anstatt die südasiatische Region mit Indien und Pakistan in den globalen bzw. interregionalen Politikdialog einzubinden und insbesondere Politikinstrumente der interregionalen Kooperation wie die SAARC zu unterstützen, wurde die Gesamtregion weltpolitisch ignoriert und ausgegrenzt.

nenpolitischen Gründen gar keine andere Wahl als seine Atompotenz ebenfalls unter Beweis zu stellen. Mangels Zeit geriet diese Demonstration zwar hinreichend eindrucksvoll, wenngleich ein bißchen weniger perfekt. Die früher gemachten und auch nach den Tests wiederholten Versicherungen beider Regierungen, ihre Atomkapazität nicht zu einem atomaren Erstschatz zu benutzen, sind glaubwürdig.

Ein verbessertes politisches Verhältnis zwischen beiden Nachbarstaaten ist die Schlüsselvoraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region und macht den Weg frei, erhebliche, bisher ungenutzte Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit (Wassernutzung und Energiegewinnung, Handel) zu realisieren; nicht zuletzt auch durch eine Umwidmung von Ressourcen aus den Verteidigungshaushalten für alternative, zivile Verwendungszwecke. Frieden und Stabilität in der Region sind ebenfalls Grundvoraussetzung für ein größeres Engagement privater und ausländischer Investoren in wirtschaftlichen Schlüsselbereichen wie

z.B. dem Energiesektor, der als kritischer Engpassektor zu sehen ist. 51 Jahre nach der Teilung und Unabhängigkeit beider Staaten sollte endlich ein Durchbruch zu einem kontinuierlichen, konstruktiven politischen Dialog zwischen Indien und Pakistan gefunden werden. Dies wäre ein historischer Neubeginn für eine friedliche gesellschaftliche Entwicklung in der gesamten Region Südasiens.

Inzwischen ist auch für Pakistan und Indien hinreichend deutlich geworden, daß eine Lösung des Kashmirproblems nicht in einem Wurf und kurzfristig erreichbar ist. Eine Lösung wird nur schrittweise, in realistischen Etappen erzielt werden können und letztlich das Ergebnis eines kontinuierlichen, längeren Dialogprozesses zwischen Indien, Pakistan und den Kashmiris sein.

Die Zeit ist reif für eine Fortschreibung des Simla Vertrages von 1972. Sie könnte in einem Abschluß eines "Allgemeinen Friedens- und Kooperationsabkommens mit etwa folgenden Grundsätzen bestehen:

- Absichtserklärung und gegenseitige Verpflichtung beider Vertragsparteien, alle bestehenden und möglichen zukünftigen Differenzen jeglicher Natur, das Problem Kashmir eingeschlossen, gemeinsam, mit friedlichen Mitteln und in konstruktiver Weise zu lösen;

- die Verpflichtung, daß dies in einem kontinuierlichen Prozeß von Verhandlungen ohne Terminvorgaben stattfinden wird;

- die Festlegung von Verfahrensgrundsätzen und des institutionellen Rahmens, in dem die jeweiligen Verhandlungen stattfinden werden;

- die Identifikation von vertrauensfördernden Maßnahmen und Programmen, die als unabhängige Aktivitäten durchgeführt werden, um den politischen Dialog kontinuierlich zu begleiten und zu stärken;

- Finanzmittel zur Durchführung solcher Maßnahmen könnten im Budget beider Militärhaushalte bereitgestellt werden und deren Ausgabenvolumen entsprechend reduzieren;

- Absichtserklärung beider Staaten, in-

nerhalb eines zu definierenden Zeitraumes im Zuge späterer Verhandlungen gemeinsam dem Nuklearen Nicht-Verbreitungsabkommen beizutreten, gemeinsam mit anderen Weltatommächten eine für alle Mächte gültige Vereinbarung über einen weltweiten Atomtest-Stop anzustreben, sowie eine Sicherheitspartnerschaft im Rahmen der 'Südasiatischen Gemeinschaft für Regionale Kooperation' zu entwickeln.

Europa könnte einen wichtigen Beitrag zu solchen Bemühungen Indiens und Pakistans um politische Entspannung und Entwicklung eines kooperativen nachbarschaftlichen Verhältnisses leisten. Dazu brauchen beide keine Vermittler im üblichen Sinn. Aber Zuspruch und Ermunterung von außen und ein Angebot Europas an die gesamte Südasiatische Staatengemeinschaft für eine langfristige, interregionale strategische Partnerschaft zwischen der EU und SAARC würde für solche Friedensanstrengungen beider Staaten hilfreich sein und wahrscheinlich auf eine positive Resonanz stoßen.

#### Internationale Anerkennung der SAARC und Beseitigung einer geopolitischen Schieflage in Asien

Südasion mit Indien ist eines der zwei asiatischen Machtpole, dem bisher aber die entsprechende Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft verweigert worden ist. Daher sollte die EU sich zum jetzigen Zeitpunkt zum ausgewiesenen Fürsprecher Südasiens machen und sich im Zuge der seit Jahren überfälligen Strukturreform der Vereinten Nationen und des Weltsicherheitsrates u.a. dafür einsetzen, daß Indien ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zugeteilt wird.

Indien sollte die Rechte und Pflichten eines ständigen Mitgliedes des Sicherheitsrates ausdrücklich in der Eigenschaft als Repräsentant der Südasiatischen Staatengemeinschaft SAARC übertragen werden. Dabei ist sicherzustellen, daß Indien seine Funktionen als ständiges Sicherheitsratsmitglied tatsächlich in diesem Sinne wahrnimmt und bei eventuellen, die südasiatische Region bzw. eines der Mitglieder von SAARC unmittelbar betreffenden Belangen sein Stimmrecht im Sicherheitsrat nur in Konsultation mit den SAARC-Mitgliedsstaaten und nicht im direkten Widerspruch mit dem Votum Pakistans ausübt. Dies könnte in Form einer Selbstverpflichtungserklärung Indiens den VN gegenüber geschehen.

Einzige Voraussetzung für einen ständigen Sitz Indiens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muß eine Normalisierung der indisch-pakistanischen Bezie-

hung sein wie z.B. in Form eines 'Allgemeinen Friedens- und Kooperationsabkommens' (s.o.).

Die Bundesregierung selbst sollte ihre eigenen Ambitionen auf einen solchen Sitz zugunsten Indiens offiziell aufgeben. Im Rahmen der GASP der EU kann hinreichend Sorge getragen werden, daß - bis zu einer grundlegenden Reform der Vereinten Nationen - die beiden EU-Atommächte und ständigen Mitglieder des UN Sicherheitsrates ihrerseits ihr Votum und Vetorecht in Absprache mit allen EU-Partnerländern ausüben und nicht ausschließlich nach eigenen Überlegungen von Frankreich und England.

#### Atom-, Sicherheits- und Friedenspolitik: Indien und Pakistan als Partner Europas in der Frage der atomaren Abrüstung

Die Atomtests von Indien und Pakistan haben den Subkontinent aus dem internationalen Vergessen schlagartig wieder in das internationale Bewußtsein zurückkatapultiert - ein wichtiger, wenn nicht sogar der Beweggrund Indiens für seine Demonstration nuklearer Potenz.

Die Weltöffentlichkeit schreckte auf und ihr wurde deutlich, daß Indien und Pakistan zwar Atommächte sind, denen der exklusive 'Atomklub der Fünf' jedoch die politisch-globale Mitsprache verweigert. Die etablierten Atommächte fürchten einen Machtverlust und versuchen ihre privilegierte globale Machtposition durch das Nichtverbreitungsabkommen und Atomteststop-Vertrag zu erhalten.

Die intraregionale oder globale Sicherheitslage hat sich durch die Atomtests jedoch nicht verschlechtert. Diese ist nämlich nicht gekennzeichnet durch ein hohes Risiko bezüglich eines indisch-pakistanischen Militär- oder sogar Atomkonfliktes, sondern durch innere Konflikte in Indien und Pakistan. Sezessionistische Interessen und viele "kleinere" Konfliktherde des Subkontinents, deren Kernursache die Massenarmut ist, gefährden die staatliche Unversehrtheit und die politische Stabilität der Region in weit größerem Maße als die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan.

Die atomare Option ist für Indien und Pakistan längst zu einer theoretischen Restgröße geworden. Auch in Südasion gilt: Mit atomarer Massenvernichtung bzw. deren Androhung kann der äußere Frieden nicht gesichert werden. Auch Indien und Pakistan ist klar: "Wer zuerst bombt - stirbt als zweiter." Allenfalls bewahrt die atomare Option den regionalen Frieden durch das Gleichgewicht des Schreckens. Der Selbsterhaltungstrieb der beiden Atommächte zwingt zur Vernunft und daher ist die

Verzichtserklärung beider Regierungen auf den atomaren Erstschnlag glaubhaft. Die Atompolitik ist ein wichtiger Grundpfeiler indischer und pakistanischer Außenpolitik, deren Logik sich heute nicht aus einer akuten gegenseitigen Bedrohung ableitet. Die atomare Kapazität Indiens und Pakistans hat die gleichen drei Motive wie sie für die etablierten Atommächte gelten. Atomwaffen erfüllen die psychologisch wichtige Funktion einer Rückversicherung, um auch in Zukunft unerpreßbar zu bleiben: sie verleihen Sicherheit, Macht und internationalen Status.

Europa sollte die Weigerung Indiens und Pakistans, sich durch die etablierten Atommächte in ihrer Atompolitik internationalen Begrenzungen zu unterwerfen nicht mißverstehen. Indien und Pakistan haben beide freiwillig auf einen Erstschnlag verzichtet und wären auch zu einem Atomteststop und Kontrollen ihrer nationalen Atomprogramme bereit, wenn alle Atommächte ohne Unterschied sich den gleichen Kontrollen und Bedingungen unterwerfen würden. Insbesondere Indien dringt darauf, daß es in dieser menscheitsbedrohenden Grundsatzfrage keine Ausnahmen und Privilegien für die Alt-Atommächte der Fünf geben darf und strebt eine globale nukleare Abrüstung an. Erst dann kann eine größere globale Sicherheit vor atomarer Erpressbarkeit erreicht werden.

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Indien in dieser Frage in seiner grundsätzlichen Haltung durch internationale Sanktionsmaßnahmen der G7-Länder beeindruckt und beeinflußt werden kann. Jedenfalls solange nicht, wie Indien nicht als eine, den fünf großen Atommächten gleichwertige Atommacht anerkannt wird, chinesische Atomwaffen in Tibet stationiert sind, China Träger raketen an Pakistan liefert und Horchstationen in Burma unterhält. Indiens grundsätzliche Beharrlichkeit, eine Gleichbehandlung aller Atommächte und die Unterwerfung auch der Alt-Atommächte unter eine globale Lösung und Ächtung jeder atomaren Option einzufordern, dient selbstverständlich in erster Linie nationalen Sicherheitsinteressen, aber auch allen Nicht-Atomstaaten. Mit Sicherheit wäre das deutsche Verständnis für den Standpunkt Indiens größer, wenn Deutschland nicht durch den atomaren Schutzschirm der USA, Frankreichs und Großbritanniens geschützt (gewesen) wäre.

Statt Boykottmaßnahmen oder Sanktionen sollte die EU mit den beiden Atommächten Südasiens einen Dialog führen, um die politische Agenda in dieser Frage global voranzubringen. Es ist zweifelhaft, ob die acht Verhandlungsrunden, die der stellvertretende US-Außenminister Talbott mit der indischen



Regierung seit Juni 1998 führte, zu wirklichen Fortschritten und einer Reduzierung des globalen atomaren Risikos führen kann. Fortschritte werden erst dann möglich, wenn u.a. auch die USA und China bereit sind, ihren Beitrag zur atomaren Abrüstung und zur internationalen Kontrolle ihrer nationalen Atomprogramme zu leisten und den Grundsatz "gleiche Pflichten für alle" auch für sich zu akzeptieren.

### Realisierung eines Regional-, Binnenmarkt und ökologisch orientierten Wirtschaftsmodells für Entwicklungs- und Schwellenländer

Das japanisch-asiatische Entwicklungsmodell, das internationale Finanzwesen und das kurzfristige und spekulative Investitionsverhalten des internationalen Bankkapitals förderte eine exportorientierte Wirtschaftsstruktur und führte zu einer kapitalintensiven Wirtschaftsweise, zur globalen Verschuldungsproblematik mit all ihren periodischen Turbulenzen auf den Devisenmärkten und ihren Folgen (Asienkrise).

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern haben sich seit langem zweiseitige Wirtschaftsstrukturen und "2/10-Gesellschaften" entwickelt: Kapitalintensive Hochtechnologie und Industrialisierung in wenigen Zentren zur Bedienung internationaler Exportmärkte sowie eine sehr kleine vermögende Oberschicht und eine relativ kleine bürgerliche Einkommensmittelschicht einerseits - Vernachlässigung der Ernährungswirtschaft, der heimischen Märkte, sozialen Infrastruktur, Massenarbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung und Massenarmut andererseits. Um kurzfristige Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten zu erlangen oder aufrecht zu erhalten, findet in ihren exportorientierten Wirtschaften eine soziale Verelendung der Massen statt und wird eine extreme Umweltbelastung in Kauf genommen.

Die Exportwut bzw. die (u.a. durch Verschuldung) erzwungene Exportorientierung vieler Volkswirtschaften Ostasiens und anderer aufstrebender und dynamischer Volkswirtschaften führen auch international zu kritischen Belastungen der Weltmärkte. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind u.a. bereits erkennbar an: Migrationen; Lohn-, Sozial- und Umweltdumping nicht nur in den Entwicklungsländern mit den bekannten und für die Zukunft massiven negativen Folgen für das Weltklima; Handelsbilanzdefizite z.B. der USA, die als Importeur ("Consumer of last resort") solche massiven Exportanstrengungen abfangen, bergen ein hohes internationales Konfliktpotential in sich, auch zwischen befreundeten Nationen und Regierungen. Die Sprache der

Politiker wird zunehmend bedrohlicher, wie an protektionistischen Tendenzen bis zu Handelskriegen (Bananen, Stahl, Rindfleisch) zwischen den USA und Europa deutlich erkennbar ist.

Statt forcierte Integration in den Weltmarkt - sollte alternativ die Entwicklung der Binnenmärkte und Förderung des regionalen Handels für die Erhöhung der kaufkräftigen lokalen Nachfrage und Masseneinkommen die zentrale Rolle spielen. Dies verlangt eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik und eine an der Nachfrage einheimischer, regionaler Märkte orientierte Wirtschaftsstruktur in den Entwicklungsländern sowie eine Schwerpunktverschiebung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit: weniger exportorientierte Wirtschaftsförderung, mehr binnenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsförderung und Betonung des intraregionalen Handelsverkehrs. Dabei geht es ebenfalls um die Vermeidung von Kosten und Umweltbelastungen durch den internationalen Transport von Massengütern, der inzwischen zum Teil groteske Ausmaße und Formen angenommen hat.

Die Förderung regionaler Staatenverbände und regionaler Handelsbeziehungen zwischen Nachbarn stellt einen historisch notwendigen Zwischenschritt zur weltwirtschaftlichen Integration dar. Im übrigen wird das Ziel einer Weltmarktintegration ja nicht nur dadurch gefördert, daß Entwicklungs- und Schwellenländer verstärkt Güter und Dienstleistungen exportieren oder aus Industrieländern importieren (dies wird allerdings üblicherweise darunter verstanden), sondern ebenfalls durch erhöhtes, langfristiges, nicht-spekulatives Investitionsengagement des Auslandes in deren Volkswirtschaften!

Eine binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik in den Ländern Südasiens sollte insbesondere deswegen unterstützt werden, um oben genannte, durch eine zu einseitig exportorientierte Wirtschaftsstruktur verursachten Probleme zu vermeiden helfen. Letzten Endes gefährden diese auch die Wirtschaftsstandorte und Unternehmen der industrialisierten Länder durch massiven Preisdruck. Eine solche Akzentverschiebung in der weltwirtschaftspolitischen Zielsetzung erfordert eine Akzentverschiebung in der Auswahl der Instrumente der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit und im internationalen Investitionsverhalten. Eine harmonische binnenwirtschaftliche Entwicklung braucht längere Investitionszeiten - dazu sind langfristige Auslandskredite zu niedrigen Zinsen und vor allem Direktinvestitionen der Privatwirtschaft notwendig. Investitionen in den (heute noch) armen, bevölkerungsreichen Entwicklungsländern

bzw. Schwellenländern (z.B. China, Südasiens mit Indien, Pakistan und Bangladesh, Indonesien, Brasilien, Mexiko, Südafrika, Nigeria) sind deswegen von besonderer Bedeutung, weil das langfristige Wachstumspotential der Weltwirtschaft dort, und nicht in den reichen Ökonomien der Industrieländer zu realisieren ist.

Südasiens ist ein riesiger Markt, der für die Entwicklung und Realisierung eines alternativen regional- und binnenwirtschaftlich orientierten, ökologiefreundlichen Wachstumsmodells einer asiatischen sozialen Marktwirtschaft gute Grundvoraussetzungen bietet.

### Armutsbekämpfung: Wasser - Energie - Umwelt

Die Staats- und Regierungschefs der SAARC Mitgliedsländer haben in ihrem Gipfeltreffen 1991 die Bekämpfung und Beseitigung der Massenarmut als ihr gemeinsames Hauptproblem von höchster Priorität definiert. Schlüssel zur Überwindung von Massenarmut ist wirtschaftliches Wachstum und produktive Beschäftigung in nicht-landwirtschaftlichen Sektoren. Notwendiges Wachstum wird durch Energieknappheit als dem Engpaßfaktor Nummer Eins in der Region kritisch gelähmt.

Armut und Energiemangel sind auch zwei Hauptursachen für die Zuspitzung der ökologischen Problematik in Südasiens. Weil die südasiatische Region mit ihren Großraumgebieten Indischer Ozean - Himalaya/Hindukush/Pamir - Flußlandschaften des Punjab, Ganges und Brahmaputra ein Ökosystem von großer globaler Bedeutung darstellt, muß der wirtschaftliche Wachstumsprozeß Südasiens in ökologisch vertretbarer Weise geschehen, wenn kritische Auswirkungen auf Umwelt und Weltklima verhindert werden sollen. Dies verlangt den Einsatz von angepaßter Energie- und ressourcenerhaltender (Boden, Luft, Wasser; menschliche Gesundheit) und ressourcenschonender Hochtechnologie und Transportsysteme unter besonderer Berücksichtigung arbeitsintensiver Verfahrensweisen.

Der enorme zusätzliche Energiebedarf Südasiens ist daher weitestgehend über erneuerbare Quellen bereitgestellt werden - unter maximaler Reduzierung fossiler Brennstoffe, Vermeidung von Energieverlusten in Verteilersystemen und Verzicht eines Ausbaus von Atomkraftwerken. Die enormen Wasserressourcen der Himalayaregion bzw. ihre konsistente, umweltbewußte und regionale Nutzung zur Energiegewinnung, Bewässerung, Flußkontrolle und Trinkwasserbereitstellung besitzen eine Schlüssel-funktion für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten nördlichen Re-

gion des indischen Subkontinents.

Eklatantestes Beispiel für ungenutzte regionale Kooperationsmöglichkeiten sind die extremen Wasserressourcen des Himalaya Bergsystems, vor allem in Nepal. Etwa 6.000 (i.W.: sechstausend) Flüsse fließen dort in Nord-Süd Richtung von 8.000 m auf 100 m Höhe herab. Sie werden von den riesigen Gletschern des Hochhimalaya gespeist, die jährlich von den sommerlichen Monsunniederschlägen wiederaufgefüllt werden. Nepals Wasserkraftpotential ist mit theoretisch 83.000 MW, von denen 42.000 MW als technisch und ökonomisch nutzbar ermittelt worden sind, nach Brasilien das zweitgrößte der Welt. Davon werden aktuell durch Kraftwerke nur weniger als ein Prozent genutzt. Ein zügiger, konsequenter Ausbau von standortgerechten Wasserkraftanlagen in Nepal vor allem zum Export in die benachbarten Länder der Region muß als der Königsweg schlechthin erscheinen, um eine positive wirtschaftliche und ökologische Trendwende in dem bedrohten Hochgebirgs-Flußlandschaft-Ökosystem und in einer der bevölkerungsreichsten Regionen der Erde herbeizuführen.

Wasser ist kostbarer als Öl. Dementsprechend hoch ist sein Krisenpotential, nicht zuletzt in Südasiens. Daher muß eine friedliche und regional-internationale Nutzung der Wasserressourcen des Himalaya gewährleistet werden. Nichts übt effektiveren Druck auf politische Vernunft aus, als international vernetzte ökonomische Interessen. Deshalb ist ein internationales Investitionsengagement im Ökosystem des Himalaya zur Finanzierung von Produktion, Verteilung und Nutzung sauberer Energie durch Wasserkraftwerke, Verteilung und Nutzung von Wasser zu Bewässerungszwecken, hygienischer Trinkwasserversorgung und Überflutungskontrolle ebenfalls eine friedenspolitisch wirksame Maßnahme.

Investitionen in den Energiesektor Südasiens sind Investitionen langfristiger Art mit einer strategischen Positionierung für die Zukunft. Die gesetzlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen für Investitionen im Wasserkraftwerksbau in Südasiens sind inzwischen auch für Privatkapital hinreichend attraktiv.

Der Energiesektor kann als der geeignete sektorale, strategische Ansatzpunkt für eine wirtschaftliche Kooperation zwischen der EU und Ländern Südasiens gelten. Das erforderliche Finanzvolumen für Investitionen im Energiesektor ist enorm. Ein substantielles Investitionsengagement würde Europa ein aktives Mitgestalten und somit Einflußnahme auf eine friedliche Nutzung der Wasserressourcen in ökologisch vertretbarer Weise ermöglichen.

Es kann erwartet werden, daß sich aus

einem gezielten strategischen Investitionsengagement im Energiesektor im Zuge der Zeit weitere Möglichkeiten in anderen Industriebereichen entwickeln (so z.B. in der Düngemittel-, Stahl- und Ernährungsindustrie, dem Transport-, Verkehrs- Kommunikationssektor, sowie dem Banken- und Versicherungswesen).

Insbesondere US-amerikanische (z.B. ENRON), kanadische und australische Interessenten haben als erste die strategische Bedeutung eines Investitionsengagements erkannt und sich bereits seit Jahren um Lizenzen zur Errichtung von privaten Wasserkraftwerksanlagen zum Stromexport nach Indien bemüht - wengleich bisher nicht sehr erfolgreich. Solche angelsächsische "Nähe" scheint in der Region Unbehagen zu bereiten. Man kann davon ausgehen, daß ein europäisches Engagement staatlicher und privater Investoren in diesem sensiblen Sektor auf deutlich mehr Sympathie stößt.

Angesichts der weitreichenden ökologischen, politischen, finanziellen und sozio-ökonomischen Implikationen erscheint es wünschenswert, wenn den nationalen Entscheidungsträgern der Region für die Planung, Finanzierung, Erstellung und Nutzung von Wasserkraftwerken in der Hindukush-Himalaya-Bergregion eine fachliche Beratung durch eine nichtkommerzielle, internationale Beratungsinstitution beiseitegestellt werden könnte. Als Nucleus einer solchen Institution kann das bereits seit 1983 bestehende 'International Centre for Integrated Mountain Development' (ICIMOD) angesehen werden. ICIMOD ist weltweit die einzige Organisation, die ein gesamtes Gebirgs-Ökosystem, über alle staatlichen Grenzen hinaus zum Gegenstand seiner Aufgabenstellung hat: Afghanistan, Pakistan, Indien, China, Nepal, Bhutan, Bangladesh und Burma haben diese einzigartige Organisation gegründet, in Sorge um die Gefahren der ökologischen Degradierung und als Forum für koordinierte Maßnahmen. Die Schweiz und Deutschland sind Gründungsmitglieder und ständige finanzielle Förderer von ICIMOD.

#### **EU - Partnerschaft mit Südasiens: Ein Deutsch-Französisches Pilotprojekt für die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik**

Nachdem der ehemals nach außen gerichtete Versöhnungs- und Kooperationsprozeß inzwischen längst ein europäischer Innenzustand geworden ist, steht für die EU nun der politische und institutionelle Reifungsprozeß zu einer außenpolitisch-global orientierten und handelnden Identität an. Es sind hausgemachte und sich einander bedingende Bestimmungsgründe, die einer han-

delnden europäischen Außenpolitik bisher lähmend im Wege stehen und mit denen sich Europa selbst an die Kette der außen- und geopolitischen Bedeutungslosigkeit legt:

- die unzureichende demokratische Legitimation der europäischen Kommission bzw. die relative Bedeutungslosigkeit des Europäischen Parlamentes;
- mangelnder politischer Wille und eine unaufgelöste Ambivalenz von Politikern zwischen ihrer Einsicht in die Notwendigkeit und Zögern wegen ihres Machtverlustes;
- das (Noch-) Gebot einstimmiger EU-Beschlüsse;
- das Fehlen geeigneter, außenpolitischer Instrumente der Union;
- das Fehlen eines Europa- und geopolitischen Strategiekonzeptes der EU.

Es ist auch offensichtlich, daß nicht alle EU-Mitgliedsstaaten der GASP eine hohe Priorität einräumen, sondern in ihr immer noch primär einen Verlust von nationalstaatlicher Unabhängigkeit sehen. Der Weg bis hin zu einer handlungsfähigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas, die ihren Namen verdient, könnte langwierig sein. Insbesondere muß das Fehlen eines europäischen geopolitischen Konzeptes für die zukünftige Rolle der EU auf der weltpolitischen Bühne als ein kritisches Defizit angesehen werden, welches das Überantworten nationaler außenpolitischer Kompetenzen auf die EU-Ebene nicht erleichtert.

Wie langwierig der Weg zur Entwicklung einer GASP sein wird und welche weltpolitische Bedeutung Europa und seine gesellschaftlichen Leitideen erlangen werden, hängt vor allem von einem Schulterschuß Frankreichs und Deutschlands ab und ihrer europäischen Vorreiterrolle. Weder Deutschland noch (vermutlich) Frankreich besitzen zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt ein regionales Südasienskonzept. Die Erarbeitung eines gemeinsamen deutsch-französischen Südasienskonzeptes könnte ein beispielgebendes, außenpolitisches Pilotprojekt beider Regierungen darstellen und eine bedeutsame konzeptionelle Vorleistung für die GASP der EU sein.

Ein Ergebnis eines solchen deutsch-französischen Südasienskonzeptes könnte unter anderem sein, die Außenpolitik beider Länder für Südasiens organisatorisch und personell miteinander zu verzahnen, möglicherweise bis hin zu zwei Südasiens-Regionalabteilungen in beiden Außenministerien, die jeweils mit französischen und deutschen Beamten besetzt sind, alternierend geschäftsführend sind und politisch gemeinsam von beiden Außenministern geführt werden (vergleichbares wäre in beiden Entwicklungsministerien denkbar).

Insbesondere sollte ein deutsch-franzö-

sisches Südasienskonzept außen-, außenwirtschafts-, entwicklungs- und kulturpolitische Maßnahmen aufeinander abstimmen und gemeinsame Grundsätze der partnerschaftlichen Zusammenarbeit (Minimalstandards) mit Südasiens festlegen. Z.B. ließe sich mit südasiatischen Schuldnerländern auch ein europäisches Entschuldungsprogramm (unter EU - bzw. deutsch-französischer Federführung) durchführen und mit einem regionalen, binnenwirtschaftlich orientierten, ökologiefreundlichen und sozial verträglichen Wirtschaftsförderungsprogramm koppeln.

Deutschland und Frankreich könnten ihre eigenen, europäischen Vorstellungen zu einem inter-regionalen Abkommen für Investitionen entwickeln, das - abweichend von dem 1998 durch den Einspruch Frankreichs gescheiterten MAI-Abkommen - eine ausgeglichene Interessensabwägung vornimmt und sich als beispielhaft auch für andere Vertragspartner erweisen könnte. Im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit mit Südasiens wäre an die Erprobung gemeinsamer Einrichtungen wie z.B. von 'Europäischen Häusern der Kultur' mit einem breiten europäisch ausgerichtetem Kulturprogramm zu denken. Zu demonstrieren, daß kulturelle Vielfalt auch gemeinsam darstellbar ist, sollte ein besonderes europäisches Anliegen sein und

hätte für die Staaten Südasiens zudem besondere Relevanz.

Dem Beispiel Japans (!) folgend sollte ein spezieller EU-SAARC-Fonds eingerichtet werden, mit dem regionale Vorhaben der SAARC-Staaten und andere Vorhaben der EU-SAARC-Zusammenarbeit gefördert werden. Die Europäische Union unterhält bis heute keine Repräsentanz beim Sekretariat der SAARC in Kathmandu/Nepal. Eine solche Vertretung wäre ein Signal für die Ernsthaftigkeit der Absicht einer intensivierte inter-regionalen Zusammenarbeit und würde die SAARC als Ansprechpartner für den interregionalen Politikdialog aufwerten.

Als Ziel einer solchen französisch-deutschen Initiative wäre der Abschluß eines Rahmenkooperationsvertrages zwischen der EU und SAARC für eine strategische Zusammenarbeit anzustreben, der unter anderem Ziele, Grundsätze, Instrumente und Verfahrensweisen der interregionalen wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit definiert und regelmäßige politische Konsultationen auf interregionaler Ebene vereinbart. Dazu bietet sich die Ebene eines 'EU /SAARC Cooperation Councils' an. Die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation der SAARC-Mitgliedsländer untereinander und der institutionellen Entwicklung der

SAARC als Ausdruck des regionalen Kooperationswillens sollte dabei als ein wichtiges Vertragsziel ausdrücklich aufgenommen werden.

Anläßlich seines Staatsbesuches in Deutschland stellte der indische Präsident K. Raman Narayanan im September 1998 fest, daß "trotz des Endes des kalten Krieges eine friedvolle, gerechte, und ko-operative Weltordnung immer noch auf sich warten läßt" und weiter, daß "die relative Ordnung, die in Europa eingetreten ist, in anderen Teilen der Welt (d.h. einschließlich Südasiens; ergänzt) kein Ebenbild fand". Er schloß diesen Überlegungen den Vorschlag an, daß "Indien und Deutschland sich strategisch verbünden (sollten) in verschiedenen Bereichen einschließlich Angelegenheiten der Menschheit" ('Tagesspiegel' vom 9.9.98). Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit Frankreich dieses Angebot Indiens aufgreifen, um es in realistischer Selbstbescheidung seines eigenen politischen Gewichtes zur Grundlage für politische Gespräche über eine interregionale strategische Partnerschaft zwischen der EU und SAARC machen.

#### Schlußüberlegungen

Die Europäer brauchen nicht nur eine geopolitische Strategie, sondern auch eine europäische Südasienspolitik, damit



Die Südasiatische Staatengemeinschaft wurde 1985 in Dhaka gegründet.

wir aufhören, immer noch "in nationalen Klamottenkisten" zu denken. In Südasiens lebt mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung; hier könnte Europa eine geopolitische Rolle spielen, die unter Beteiligung von zwei regionalen Atommächten mit schwierigen bilateralen Beziehungen keine geringere weltpolitische Bedeutung hat, als die im Nahen Osten. Für Europa wäre eine Partnerschaft mit Südasiens die Nutzung einer historisch seltenen Chance und ein wichtiger Schritt zu einer strategischen geopolitischen Schwerpunktsetzung seiner Interessen. Die anzustrebende partnerschaftliche Allianz ermöglicht eine aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses in der Gesamtregion Südasiens im Sinne europäischer gesellschaftlicher Leitideen und die Nutzung großer Möglichkeiten eines bedeutenden Binnenmarktes mit beträchtlichem wirtschaftlichen Wachstumspotential. Wenn Europa nicht auch noch seine zweite asiatische Chance verschlafen will, ist dazu ein direktes Investitionsengagement in Südasiens erforderlich.

Eine europäisch-südasiatische Partnerschaft, die dem bevölkerungsreichen Subkontinent vor allem eine ökonomische Perspektive bietet, wäre eine zivile internationale Friedenspolitik, die aus der immer wieder - nach einem Krisenausbruch oder nach einer Katastrophe - gemachte Erkenntnis über die sträflichen Versäumnisse der Vergangenheit endlich einmal konsequent und weitsichtig-vorausschauend die Konsequenz zieht, daß an vorbeugender und langfristig angelegter, kooperativer Außen- und Außenwirtschaftspolitik kein Weg vorbeigeht. Eine solche Politik ist vorbeugendes Krisenmanagement und Realpolitik, die heute bereits deutlich erkennbare globale Problemfelder der Zukunft nicht nur erkennt, sondern antizipatorisch auch entsprechend handelt, indem sie eine strukturell und langfristig angelegte Armutsbekämpfung betreibt und eine ökologische und sozialverträgliche wirtschaftlichen Entwicklung Südasiens fördert.

Eine europäisch-südasiatische Partnerschaft würde das zweite asiatische

Machtzentrum aus der weltpolitischen Isolation herauslösen und eine Schiefelage korrigieren helfen, die im letzten Jahrzehnt durch die Überbetonung des ostasiatischen Raumes und Chinas entstanden ist. Eine europäisch-südasiatische Partnerschaft könnte zudem eine mögliche globalpolitische Rückentwicklung in eine Welt von zwei, sich feindlich gegenüberstehenden Blöcken verhindern helfen wie sie im Vorschlag des russischen Premierminister Primakov an Indien und China für ein strategisches Dreieck "Moskau-Peking-New Delhi" bereits zum Ausdruck kommt ('The Boston Globe' vom 22.12.1998).

Der Autor ist Agrarökonom mit langjähriger Berufstätigkeit (Forschung, Beratungswesen, Projektmanagement) im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der GTZ und FAO, vornehmlich in Südasiens (u.a. Nepal, Pakistan, Sri Lanka); verschiedene Tätigkeiten als Gutachter in den Bereichen Projektplanung von Technischer Zusammenarbeit und NGO-Projekten, Ernährungssicherung und Politikberatung.

## Die Südasiatische Staatengemeinschaft SAARC

Die 'South Asian Association for Regional Cooperation' wurde 1985 gegründet. Der Staatenverband verfolgt drei große Hauptzielbereiche:

1. Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts durch regionale Kooperation.
2. Entwicklung einer überstaatlichen regionalen Organisation als Ausdruck einer spezifischen sub-kontinentalen Kulturgemeinschaft von Weltbedeutung;
3. Stärkung und Sicherung des Friedens in der Region;

Die politische Union ist kein erklärtes Ziel der Staatengemeinschaft. Die Staats- und Regierungschefs der SAARC haben in ihrem Gipfeltreffen 1991 die Bekämpfung und Beseitigung der Massenarmut als ihr gemeinsames Hauptproblem von höchster Priorität definiert.

Die SAARC ist ein institutioneller Ausdruck einer politischen Vision und Bekundung des politischen Willens, unter Berücksichtigung der politischen Machtverhältnisse des Subkontinents die alte Atmosphäre des Mißtrauens zu überwinden und durch eine Atmosphäre des Vertrauens und Kooperation zu ersetzen. Diese Vision wird getragen von einer Fülle gemeinsamer Werte, einem großen gemeinsamen historischen, kulturellen, weltanschaulichen und sprachlichen Erbe und einer realistischen Strategie der kleinen Schritte.

Das Sekretariat der SAARC ist in Kathmandu/Nepal. Es hat bisher keine unmittelbare politische Macht, sondern ist verantwortlich für die Koordinierung und Kontrolle der Durchführung von SAARC Aktivitäten. Das Budget des SAARC wird von den Mitgliedern getragen und jährlich festgelegt.

Das Sekretariat wird von einem Generalsekretär geleitet, der rotierend von den Mitgliedsländern für jeweils zwei Jahre gewählt wird, und sieben Direktoren aus den einzelnen Mitgliedsländern. Deren Amtszeit beträgt

drei Jahre; eine Wiederwahl für eine zweite Amtszeit von drei weiteren Jahren ist möglich.

Oberstes politisches Organ der SAARC sind die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungsoberhäupter der Mitgliedsländer; diese finden i.d.R. einmal jährlich statt. Nachgeordnet und verantwortlich für die Formulierung gemeinsamer Politik, Fortschrittskontrolle und Entscheidungen über neue gemeinsame Politikfelder ist der Ministerrat der Außenminister.

Diesem nachgeordnet ist die politische Managementebene des Ständigen Komitees ihrer Staatssekretäre, das mit der Überwachung und Koordination der Gemeinschaftsprogramme, ihrer Finanzierung, Identifizierung sektoraler Prioritätsbereiche, Mobilisierung von Ressourcen, Identifizierung von neuen Gemeinschaftsarbeitfeldern auf der Basis von vorbereitenden Studien betraut ist. Darunter gibt es ein Programmkomitee, das primär Verfahrens- und organisatorische Aufgaben hat sowie eine Fülle von technischen und Aktionskomitees, die für die Formulierung konkreter SAARC Programme und Projekte verantwortlich sind und die deren Implementierung überwachen.

Dabei kommt dem 'Komitee für Wirtschaftliche Kooperation' (CEC), das 1991 etabliert wurde, besondere Bedeutung zu. Das CEC ist betraut mit der Aufgabe, für den wichtigsten Teilbereich der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel geeignete Programme zu identifizieren und durchzuführen. Konkretes Ergebnis der Arbeit des CEC ist die Ratifizierung des SAPTA ('South Asia Preferential Trading Arrangement') im Dezember 1995, das ein Rahmenabkommen zur schrittweisen Liberalisierung des intraregionalen Handels und zum Abbau von Handelsschranken darstellt. Erklärtes Ziel ist eine spätere Freihandelszone SAFTA ('South Asia Free Trade Area'); dieses Ziel soll in abgestimmten Phasen erreicht werden.